

Flüchtlinge aus Darfur retten sich in den „Feindstaat“ Israel

Von Khartum über Kairo nach Jerusalem: Warum verfolgte Sudaner Zuflucht im Land der Juden suchen

Von Ido Liven

JERUSALEM - Als der 14-jährige Adam vor den Reitermilizen weg-lief, die sein kleines Dorf in Darfur zerstörten und alle Erwachsenen töteten, wusste er noch nicht, dass seine Flucht mindestens zwei Jahre dauern und ihn bis nach Israel bringen würde. 35 Familien hatten in Amkoshurok gelebt, in dieser Nacht im Dezember 2003 wurde alles zerstört. Adam und einige andere Kinder, so alt wie er oder jünger, hatten vor dem Dorf gespielt und deshalb überlebt. Es verschlug die kleine Gruppe in die Stadt al-Faschir, in die sudanesishe Hauptstadt Khartum, nach Kairo und schließlich nach Jerusalem.

Heute verbringt der mittlerweile 18-Jährige den größten Teil des Tages im Yamin-Ord-Internat im israelischen Haifa. Das Lernen ist ihm besonders wichtig, die meiste Zeit ist er jedoch mit der Leitung der „Organisation der Söhne Darfurs in Israel“ beschäftigt - eines Vereins, den er selbst vor zwei Monaten ins Leben gerufen hat. Der Gründung vorausgegangen waren persönliche Treffen mit 397 Flüchtlingen aus Darfur, die über ganz Israel verstreut sind. „Für den Anfang haben wir uns zum Ziel gesetzt, dass alle sudanesischen Flüchtlinge in Israel Hebräisch lernen. Wir wollen ihnen helfen, in Israel zurechtzukommen“, sagt Adam. „Die Juden haben das auch durchgemacht“, hätten ihm die Menschen in Israel gesagt, und seitdem legt Adam, wie er sagt, Wert auf den jüdischen Gesichtspunkt.

Dennoch sei Israel, erklärt er, nur vorübergehend sein Zuhause. „Wir sind nicht nach Israel gekommen, um den Rest unseres Lebens hier zu verbringen. Bei uns gab es Krieg, und wir sind geflohen. Der Zufall hat uns hergeführt.“ Wenn man ihn fragt, wie lange es seiner Ansicht nach noch dauern wird, bis er seine Heimat wiedersieht, antwortet er schlicht: „Ich hoffe, dass es morgen Frieden gibt.“ Er will sich seinen Optimismus unbedingt bewahren, vertritt seinen Standpunkt aber ent-



Israelische Polizisten kontrollieren einen Asylbewerber aus dem Sudan. Die meisten landen wegen illegaler Einreise erst einmal im Gefängnis

FOTO: AFP

schieden: „Der Sudan muss neu aufgebaut werden. Es ist wichtig, Druck auf die Regierung auszuüben und das Land zu einem demokratischen Staat zu machen.“

Schätzungsweise mehr als 500 Flüchtlinge aus Darfur halten sich gegenwärtig in Israel auf - das wäre etwa ein Viertel aller illegal eingereisten Afrikaner. Fast alle Illegalen, auch Frauen und Kinder, verbrachten eine Zeit lang in israelischen Gefängnissen, manchmal mehrere Monate. Adam selbst hat sechs Monate und 24 Tage in vier verschiedenen Gefängnissen gezählt. Nach Angaben von Romm Lewkowicz, Sprecher der Hilfsorganisation Notrufstelle für Wanderarbeiter, kommen Flüchtlinge aus Darfur seit zwei Jah-

ren nach Israel. Seit Januar 2006 kommen immer mehr Flüchtlinge über die israelisch-ägyptische Grenze, die großenteils durch das Militär kontrolliert wird. „Es ist Jahre her, dass Waffen und Drogen über diese Grenze geschmuggelt wurden oder Arbeiter eingeschleust“, sagt Lewkowicz. Die Fluchtbewegung von Ägypten nach Israel habe kurze Zeit nach der großen Demonstration sudanesischer Flüchtlinge vor den Büros der UN-Flüchtlingshilfeorganisation UNHCR in Kairo eingesetzt, „als diese begriffen, dass Ägypten für ihre Sicherheit nicht einsteht“, fügt er hinzu.

Doch die Ägypter waren von ihren „arabischen Brüdern“ aus dem Sudan wenig begeistert. Nach an-

derthalb Jahren in Ägypten wollte ein Bauer von der Sinai-Halbinsel, für den Adam und ein Freund gearbeitet hatten, sie nicht mehr bezahlen. „Wir haben uns mit ihm angelegt, aber er hatte ein Gewehr, und wir mussten fortlaufen“, sagt er. „In der Ferne haben wir israelische Lichter gesehen, also sind wir auf sie zugegangen. Genau genommen sind wir gerannt.“ Irgendwann schliefen sie erschöpft ein. Polizisten weckten sie auf Hebräisch.

„Israel ist nah“, versucht Sharon Harel von der israelischen UNHCR-Sektion die Attraktivität des jüdischen Staates zu erklären. „Ihren Aussagen zufolge hofften einige der Flüchtlinge, hier Asyl zu finden. Schließlich wurden sie im Sudan

von arabischen Gruppen verfolgt und haben in Ägypten, wie sie sagen, nicht die nötige Unterstützung erfahren. Sie haben nach einer sicheren Zuflucht gesucht und geglaubt, dass Israel aufgrund seines Verhältnisses zur arabischen Welt sie besser behandeln würde als andere Länder.“

Viele israelische Hilfsorganisationen und Privatleute kamen den Flüchtlingen zu Hilfe. Die Regierung war auf eine so große Zahl von Hilfesuchenden nicht vorbereitet. „Der Staat Israel schickt Flüchtlinge, deren Leben in ihren Heimatländern bedroht ist, nicht zurück“, sagt Harel. Ende August wurden jedoch 48 Männer, Frauen und Kinder in Zusammenarbeit mit den Behörden

in Kairo nach Ägypten zurückgebracht. Dem UNHCR war es nicht gelungen, das Schicksal dieser Menschen zu klären. Lewkowicz erläutert: „Israel ist verpflichtet, in jedem Fall einzeln zu prüfen, ob im Heimatland eine Bedrohungssituation vorliegt. Anfangs hat das Land diese individuelle Überprüfung grundsätzlich abgelehnt, weil die Darfur-Flüchtlinge aus einem Feindstaat kommen.“ Das stehe aber im Widerspruch zu einem Artikel der Genfer Konventionen. Danach darf ein Land Asylsuchende nicht abweisen, nur weil sie aus einem Feindstaat kommen. Die Ironie: Die Initiative für diesen Artikel ging Anfang der 50er-Jahre von Israel aus, nachdem sich Großbritannien geweigert hatte, jüdische Flüchtlinge aus dem damaligen Feindland Deutschland aufzunehmen.

Die meisten Darfuris wurden mittlerweile aus den Gefängnissen entlassen und befinden sich in alternativem Gewahrsam in Kibbuzim oder anderen Arbeitsstätten. Nach Angaben eines Sprechers des israelischen Innenministeriums sind zurzeit „noch 50 bis 70 weitere in Haft, die innerhalb der nächsten ein oder zwei Wochen entlassen werden“. Adams bisher größter Erfolg ist ein kurzes Treffen mit Premierminister Ehud Olmert. „Er hat gesagt, dass der israelische Staat sich mit dieser Frage auseinandersetzen müsse.“ Die Regierung hat nun entschieden, dass 498 im Land befindlichen Asylsuchenden Zuflucht gewährt wird.

Am 1. Januar wird Adam seinen 19. Geburtstag feiern, am 51. Jahrestag der Unabhängigkeit des Sudan. „Ich möchte zurückgehen und den Menschen erzählen, was ich in Israel gelernt habe“, sagt Adam hoffnungsvoll, „und dass ich gekommen bin, um zu helfen.“ Dort möchte man sich allerdings nicht helfen lassen: Innenminister Zubair Bashir Taha hat angekündigt, dass die Flüchtlinge nach ihrer Rückkehr aus Israel ein Gerichtsverfahren erwarte.

Aus dem Englischen von Wieland Freund

UN warnen vor Scheitern der Darfur-Mission

BERLIN/NEW YORK - Der für Friedenseinsätze zuständige UN-Untergeneralsekretär Jean-Marie Guehenno hat vor einem Scheitern der geplanten Blauhelmission in der sudanesischen Krisenregion Darfur gewarnt. „Wenn die offenen Probleme nicht umgehend gelöst werden, könnte die Mission scheitern“, sagte Guehenno nach einer Sitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in New York.

Als größte Probleme nannte Guehenno fehlende Ausrüstung für die Truppe sowie die Weigerung der sudanesischen Regierung, nicht afrikanische Soldaten anzuerkennen. Der Bundestag in Berlin beschloss unterdessen mit großer Mehrheit eine Beteiligung der Bundeswehr an der Mission. Das Mandat erlaubt den Einsatz von bis zu 250 Soldaten und läuft bis zum 15. August 2008.

Die sudanesische Regierung hatte als Bedingung für die geplante Entsendung von 26 000 Soldaten in die westsudanesische Krisenregion stets genannt, dass die Mehrheit der Soldaten afrikanischer Herkunft sein müsse. Doch obwohl zwei Drittel des geplanten Kontingents aus Afrika kommen, lehnt Khartum Truppen aus Nepal, Thailand und Skandinavien bislang ab. „Die sudanesische Regierung besteht auf weiteren technischen Diskussionen“, so Guehenno. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hatte der Regierung des Sudan schon vor Wochen eine Verzögerungstaktik vorgeworfen.

Zudem fehlen für die Mission 24 Hubschrauber, dazu Lastwagen und weitere Fahrzeuge, die in der Region von der Größe Frankreichs dringend gebraucht werden. Guehenno rief dazu auf, entsprechendes Material schleunigst zu Verfügung zu stellen. Geplanter Beginn der Mission, die unter dem gemeinsamen Kommando von UN und Afrikanischer Union (AU) stehen soll, ist Anfang Januar 2008. Seit Beginn des Darfur-Konflikts 2003 sind UN-Schätzungen zufolge mindestens 200 000 Menschen ums Leben gekommen und mehr als zweieinhalb Millionen aus ihren Dörfern vertrieben worden. epd

Anzeige

Keine Kommerzialisierung des Glücksspiels

Staatsvertrag wegweisend für Spielerschutz und Suchtprävention



„Glücksspiel bringt nicht nur die Aussicht auf großen Gewinn, sondern auch die Risiken der Verschuldung und der Spielsucht mit sich. Es darf nicht sein, dass private Unternehmen die Spielleidenschaft der Bevölkerung gezielt anheizen und damit Profite erzielen, während die sozialen Folgen übermäßigen Spiels wie Überschuldung, Spielsucht oder Begleitkriminalität die Allgemeinheit trägt.“

Renate Schmidt, Mitglied des Deutschen Bundestages, Bundesfamilienministerin a.D.



„Traditionell gibt es in Deutschland angesichts der Risiken und Gefahren, die vom Glücksspiel ausgehen, eine klare staatliche Regelung. Nur ein staatliches Angebot garantiert, dass der natürliche Wunsch des Menschen nach Glücksspiel in geordnete Bahnen gelenkt und der Spielsucht wirksam vorgebeugt wird.“

Dr. Rudolf Seiters, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Bundesminister a.D.



„Glücksspiel ist kein beliebiges Produkt, sondern eine Veranstaltung, die besonders sensibel durchgeführt werden muss. Ein alltägliches, überall erhältliches kommerzielles Angebot in Verbindung mit aggressiver Werbung und suchtfördernden Spielformen stünde in krassem Gegensatz zu dem Leitgedanken des Spielerschutzes. Insbesondere muss dem großen Gefährdungspotenzial für Jugendliche wirksam entgegengetreten werden.“

Barbara Stamm, Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags, Staatsministerin im Bayerischen Sozialministerium a.D.

Kernpunkte des Staatsvertrags:

Durch den neuen Staatsvertrag überlässt die Politik das Glücksspiel nicht der kommerziellen Glücksspielindustrie, sondern sorgt für Spielerschutz und Suchtprävention:

- Fortführung des exklusiven staatlichen Glücksspielangebots
- Eindämmung der Spielsuchtgefahren
- Effektiver und aktiver Spielerschutz
- Aufrechterhaltung der Förderung von Sport und Gemeinwohl

forsa.

Die klare Mehrheit der Deutschen spricht sich gegen eine Kommerzialisierung des Glücksspielmarktes aus:

76%

sind für ein begrenztes Glücksspiel unter staatlicher Kontrolle

11%

sind für die Öffnung des Marktes

(Ergebnis einer repräsentativen Forsa-Umfrage vom August 2007)

Mit dem neuen Glücksspielstaatsvertrag setzt die Politik die Vorgaben aus dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. März 2006 konsequent um. Damit orientiert sich die Regelung des Glücksspiels in Deutschland strikt an den Zielen des Spielerschutzes. Die Gesellschaften des Deutschen Lotto- und Totoblocks begrüßen, dass die Regierungschefs der Länder diesen Weg konsequent weitergehen. Der Staatsvertrag soll zum 1. Januar 2008 in Kraft treten und sorgt für Rechtssicherheit.

Eine Information des Deutschen Lotto- und Totoblocks, der Gemeinschaft der 16 Lotteriegesellschaften in den Bundesländern, die die staatlichen Glücksspielangebote bundesweit nach gemeinsamen Grundsätzen durchführen.